



**Pressemitteilung**

**Gedankenaustausch des Bündnisvorstandes mit OB Helmut Müller**

**Gemeinsame Pressemitteilung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Bündnisvorstandes für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e.V.**

**Mainz / Wiesbaden, 05.11.2009:** Nach einem am 28.10.2009 in sehr angenehmer und konstruktiver Atmosphäre verlaufenen Gespräch im Wiesbadener Rathaus erklärt Marc Legg für den Vorstand des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden e. V:

„Wir danken Herrn Oberbürgermeister Müller für die Einladung in das Rathaus. Das Gespräch haben wir als sehr informativ empfunden. Gleichwohl sich die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Projektes nach der Bundestagswahl und der sehr wahrscheinlich werdenden Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke nach Einschätzung des Oberbürgermeisters stark verändert haben, erläuterte das Stadtoberhaupt die Haltung zu dem geplanten Kohleheizkraftwerk auf der Ingelheimer Aue. Das Projekt sei nicht aus Gründen der fehlenden Wirtschaftlichkeit, sondern vor allem deshalb in Schieflage geraten, weil kein Finanzier zu finden gewesen sei. So forderten die Banken inzwischen eine Eigenkapitalbeteiligung von ca. 40% im Gegensatz zu bisherigen Finanzierungen die noch einen Eigenkapitalanteil von 20% erforderten.

Auch nachdem der Sofortvollzug nun aufgehoben ist, bleibt damit aus unserer Sicht die weitere Aussage des Oberbürgermeisters wesentlich, dass es keines weiteren Beschlusses des Aufsichtsrates der KMW AG bedarf, um das Kohlekraftwerks wieder aufzutauen. Das Projekt kann nach dem Gremienbeschluss unmittelbar fortgesetzt werden, sobald eine Bank gefunden ist, die das Projekt finanzieren will und kann. Theoretisch kann die KMW dann auch erneut die sofortige Vollziehbarkeit der Genehmigungen beantragen. Für uns bedeutet dies, dass wir mit aller Entschlossenheit die gegen den Vorbescheid und die erste Teilbaugenehmigung eingelegten Rechtsmittel in den verschiedenen Verfahren vorantreiben werden.“

Jörg Jordan, Vorstandsmitglied und ehemaliger hessischer Minister für Landesentwicklung ergänzt: „Um so wichtiger ist aus unserer Sicht, dass die stadtnahen Gesellschaften nun umgewandelt werden. Nach wie vor ist weder mir noch der Bevölkerung erklärlich, warum ein kommunales Unternehmen den Bau eines Kohlekraftwerks vorantreibt, wenn die beiden Eignerstädte gegen dieses Projekt stehen. Mit einer Änderung der Rechtsform wäre zumindest gewährleistet, dass die Eigentümer der kommunalen Unternehmen, die Städte Mainz und Wiesbaden, wieder Einfluss auf die Entscheidungen nehmen können, die dort getroffen werden.“